

Die Graphische Presse

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Noten-, Wachstuch- und Tapetendrucker und verwandte Berufe.

Organ des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen. Publikations-Organ des Deutschen Senefelder-Bundes und der ausserdeutschen Berufs-Vereine.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

M. Obier, Leipzig-Lössnig, Lobstädterstr. 1.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 54.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz.
Redaktionsschluss: Dienstag.

Insertion.

Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen! Agitiert allerorts für die würdigste Form der Maifeier!

Berlin, den 25. April 1905.

Aus den Beratungen der hier stattfindenden kombinierten Generalversammlung, auf welcher nur die Delegierten des Senefelder-Bundes Stimmrecht haben, teilen wir, da die Verhandlungen bei Drucklegung der Presse noch nicht beendigt sind, vorerst folgende wichtigen Beschlüsse mit.

Der Beitrag für die Unterstützungskassen ist gegen die Stimmen der Vertreter von Lehr, Stettin und Bautzen, da diese gebundenes Mandat hatten, auf 60 Pf. festgesetzt. Der Gesamt-Wochenbeitrag 1,20 Mk.

Der § 1 der Uebergangsbestimmungen, über welchen eine namentliche Abstimmung stattfand, wurde mit 38 gegen 7 Stimmen angenommen. 4 von den Kollegen, die dagegengestimmt hatten, erklärten ihren gegenteiligen Standpunkt damit, weil zu viel Konzessionen in diesem Paragraphen enthalten seien.

Der § 1 der Uebergangsbestimmungen lautet: Alle bisher dem Bund oder der Organisation allein angehörenden Mitglieder sind, von einem noch zu bestimmenden Termin an, verpflichtet, allen 3 Kassen zugleich anzugehören.

Ausgenommen von der Pflicht, der Gewerkschaftskasse beitreten zu müssen, sind Mitglieder, die in Staatsbetrieben beschäftigt sind, sowie Prinzipale, Betriebsleiter, Oberlithographen, Oberdrucker, Faktore und alle über 60 Jahre alten sowie solche Mitglieder, welche nur der allgemeinen Krankenkasse des Bundes allein angehören.

Als Betriebsleiter, Oberlithograph, Oberdrucker, Faktor kann nur gelten, dessen Anstellungsbedingungen den gesetzlichen Bestimmungen für Betriebsleiter entsprechen.

Privatlithographen, die keine Gehilfen beschäftigen, gelten nicht als Prinzipale. Das ganze Statut wurde gemäss der Vorlage mit einer Anzahl wichtiger Abänderungen gegen die Stimmen der beiden Frankfurter und des Lehrer Delegierten, also mit 42 gegen 3 Stimmen, angenommen. Die Abstimmung war eine namentliche. Die Zusammenlegung beider Verbände hat unbedingt am 1. Juli 1905 stattzufinden.

Schiller-Mai.

Und wieder: Mai! Und wieder bleiben wir einen Augenblick auf unserem Wege stehen und besinnen uns sozusagen auf uns selber und auf unseren Zusammenhang mit dem Ganzen,

mit dem Grossen — mit der Idee, die sich wie ein roter Faden durch all unser Tun als Kulturarbeiter zieht.

Besser: diese Idee ist die treibende Kraft, ein unterirdisches Mühlwerk, das alle Räder unseres kämpferischen Vorwärtsdringens in Bewegung hält und unaufhaltsam mahlt: die Zeit zermahlt und die Hindernisse. Im »Eifer des Gefechts«, im Drange brennender Augenblicksaufgaben, in der mühseligen Kleinarbeit des Alltages gerät uns das unterirdische Triebwerk wohl zuweilen aus den Augen; wir achten nicht in jeder Minute darauf, weil wir sicher sind, uns in der Richtung auf das endliche Ziel zu bewegen. Abweichungen korrigieren sich selber; die Arbeiterschaft, soweit sie ihre Mission im Prinzip begriffen hat, wird schon von den Umständen in ihrer Bahn festgehalten; sie will nicht nur, sie muss auch. Muss kraft des höheren Gesetzes der Entwicklung, die das Resultat ist aus allen zusammenwirkenden Verhältnissen. Diese Entwicklung gestattet weder, dass Stufen übersprungen werden, noch erlaubt sie eine Rückkehr: kein Fluss biegt an irgend einer Stelle seines Laufes um, um zur Quelle zurückzukehren; er muss zur Mündung, auf welchem Wege auch immer.

Wir sprachen von unserem Tun als Kulturarbeiter. Damit ist die leitende Idee schon ausgedrückt: all unsere Ideen haben den Zweck, höherer Kultur zu dienen. Wenn wir um eine Lohnerhöhung kämpfen, so handelt es sich nicht nur um Essen und Trinken, wie denn die Arbeiterbewegung überhaupt bedeutend mehr ist als ein Streben nach rein materiellen Genüssen. Im Hintergrunde steht uns als höchstes, als leuchtendstes Ziel immer die kulturelle Erhöhung der niedergedrückten Menschheit in jeder Beziehung. Hier mündet unser Fluss, der Fluss unseres Arbeitens, unseres Ringens, unserer Kämpfe. Und weil dieses Ziel so gross ist, alles Menschliche umspannend und so ungeheuer kontrastierend mit der Gegenwart, darum nährt es die Bewegung mit Begeisterung und verleiht ihr im kleinen wie im grossen jenen idealen Schwung, der der beste Hebel praktischer Taten ist.

Es gibt Menschen, die es ihrem Verstande schuldig zu sein glauben, wenn sie jeden Begeisterungsausbruch belächeln. Es gibt kalte Seelen, die im rechnerischen Kalkül alles glauben beweistern zu können — den ausgeprägtesten Typus bietet der deutsche Bourgeois-Philister —, aber sie beweisen am Ende nur eins: die

Mangelhaftigkeit der eigenen Natur, die sich nicht zu erwehren vermag und zur eigenen Platttheit und Stumpfheit der Empfindung auch die weniger eisig Gearteten herabziehen möchte.

Die internationale Maidemonstration der Arbeit ist auch so eine Sache, die sich nach den Ansichten der Ueberpraktiker von hüben nicht bezahlt macht und den Philistern von drüben teils gezwungen klingende Spässe ablockt, teils Gänsehäute verursacht.

Beide sollen uns die Freude nicht verderben! Nur eins wäre allerdings zu erwägen: ob die Feier sich nicht ernster, gedanktiefer, kurz: würdiger an manchen Orten gestalten lässt als bisher. Der Grundgedanke des Festes, seine demonstrative Bedeutung dürfen nicht von allerlei Rankenwerk überwuchert werden!

In ihrer vollen lichten Grösse soll die Idee, soll das Ideal vor uns stehen und den ganzen Menschen erfüllen mit der Hoheit und dem beglückenden Gefühl des Bewusstseins: wir schaffen an einem bedeutenden Werke der Menschheit, wie es schöner und gewaltiger die Welt noch nie gesehen!

Wir demonstrieren am Maifest für den Achtstudententag, für den Arbeiterschutz, gegen den Völkerkrieg. Aber diese Forderungen sind trotz ihrer hohen Bedeutung doch nur Teile unseres Wollens, — die Pfeiler vielleicht, auf denen das Haus der Zukunft sich erheben soll: die Heimat einer freien und gleichen Gesellschaft!

Eine Heerschau soll der Maitag sein, eine Mahnung den Gegnern, aber auch eine Mahnung uns selber: über den Augenblickskämpfen nicht die grossen, letzten Gedanken zu vergessen. Und wenn wir oben geschrieben: die Arbeiter-schaft, die ihre Mission im Prinzip begriffen, wird schon von den Umständen in ihrer Bahn festgehalten, weil sie der allgemeinen Entwicklung folgen muss, so darf das nicht so aufgefasst werden, als könnten wir uns nun einfach untätig treiben lassen. Das Schiff folgt auch der Strömung, am Steuer aber steht der Schiffer und leitet seinen Kahn mit fester, sicherer Hand.

Wir dürfen nicht vergessen, wo wir hinwollen!

Unsere Ideale dürfen nicht zu blutlosen Schemen werden, die vor unserem Vorwärtsdringen zurückweichen, mehr und mehr verblassen und schliesslich spurlos im Nebel verschwinden, — wie es den Idealen des »dritten Standes«, des Bürgertums, erging.

In einigen Tagen, am 9. Mai, sind hundert Jahre seit dem Tode des Dichters verflossen, der als poetischer Vorkämpfer jenes dritten

Organ des Verbandes noch des Senefelder-Bundes sei, dieselbe daher keinerlei bindende Beschlüsse fassen könne, sondern nur als vorbereitende Instanz zu gelten habe. Kollege Müller begründete diesen Antrag und hob hervor, dass die Verschmelzung nur von der Generalversammlung des Bundes beschlossen werden könne. Die an der Debatte beteiligten Delegierten äusserten sich zum Teil im selben Sinne und würde dabei darauf aufmerksam gemacht, dass die Beschlüsse der Generalversammlung von gegnerischer Seite angefochten werden sollten und bereits eine Klage wegen Sicherstellung der Rechte der Bundesmitglieder dem Hauptvorstand zugegangen sei.

Der Antrag wurde sodann gegen 3 Stimmen angenommen und somit der Punkt 3 der Tagesordnung, »die Stellungnahme zur Verschmelzung«, bis nach den Beratungen der kombinierten Versammlung vertagt.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung, »dem Rechenschaftsbericht«, erklärte der Hauptkassierer Dietrich, dem herausgegebenen gedruckten Berichte des Hauptvorstandes nichts weiter hinzufügen zu haben. Es sei noch ein Nachtrag nachgeliefert, welcher den Delegierten zum besonderen Studium empfohlen würde, da derselbe die Anklageschrift von 31 Kollegen von Frankfurt und Umgebung, gegen den Bund enthalte, die durch den Justizrat Karl Wertheim in Frankfurt a. M. vertreten werde. Dem herausgegebenen »Bericht der Kontrollkommission« hätte der Vorsitzende derselben, Kollege Hass, auch nichts beizufügen. Es hätten zwar Gegensätze zwischen ihr und dem Hauptvorstande bestanden, die aber leicht ausgeglichen werden konnten.

Hieran schloss sich eine lange, fast vierstündige Debatte, welche sich hauptsächlich mit der Ausschreibung der Urabstimmung durch den Hauptvorstand beschäftigte. Rudolph tadelt zunächst die Missachtung der Beschlüsse der Generalversammlung in Kassel, wonach die Vornahme einer Urabstimmung abgelehnt wurde und die kombinierte Generalversammlung im Frühjahr 1905 stattfinden sollte, und bemängelte dann die vom Hauptvorstand vorgenommene Zerlegung der von Hantusch und Genossen zur Beantwortung aufgestellten Fragen zur Urabstimmung in besondere Unterfragen; dadurch sei eine Verwirrung unter die Mitglieder getragen worden, um dadurch die beschlossene Verschmelzung wieder zu hintertreiben. Eine Verschmelzung ohne Zwang hätte keinen Zweck. Peek glaubte, die Inszenierung der Urabstimmung durch den Hauptvorstand eingeleitet und Hantusch sei nur vorgeschoben worden. Ernst urteilte im selben Sinne und war für Ausstellung eines Misstrauensvotums. Müller kennzeichnete die Massregel des Hauptvorstandes gemäss § 77, Abs. 4 für statutenwidrig, weil solche ohne Zustimmung der Kontrollkommission erfolgt sei; zur Zergliederung und Verständlichmachung der Fragen sei jedoch der Hauptvorstand statuten-gemäss verpflichtet. Mühlinghaus meint, der geistige Urheber dieser Urabstimmung sei in Berlin zu suchen und die neue Anklage wäre jedenfalls auch daselbst ausgetüftelt worden. Fleck, Frankfurt bedauerte die unberechtigten Angriffe auf nicht anwesende Mitglieder. Die Anregung zur Urabstimmung sei nur von Frankfurter Kollegen und aus eigenem Antriebe der betreffenden Mitglieder gekommen und dafür agitiert worden. Er selbst wäre kein Gegner der Verschmelzung, stände in der Ausführung derselben auf den Voraussetzungen des Stettiner Antrages, dass kein Zwang ausgeübt und die Rechte der bisherigen Bundesmitglieder gewahrt bleiben. Eine Hintertreibung der Verschmelzung sei mit der Urabstimmung nicht beabsichtigt gewesen.

In Kassel hätte man übersehen, die Übergangsbestimmungen festzusetzen, dieses nachzuholen, habe man mit dem Antrage nur bezwecken wollen. Man dürfe den Antrag nicht von Verschmelzungsgegnern ausgehend betrachten und nicht nach Hintermännern suchen. Bauknecht und Jehnicke hielten die Massnahmen für statutenwidrig, weil Hauptvorstand und Kontrollkommission nicht in Uebereinstimmung in der Ausschreibung der Urabstimmung gestanden hätten. Dietrich, Hauptkassierer, sprach seine Verwunderung aus, dass man soweit gegangen, dem Hauptvorstand die Inszenierung der Urabstimmung zu unterstellen. Es seien über 2000 Mitglieder für den Antrag eingetreten, deshalb wäre der Hauptvorstand verpflichtet gewesen, die Urabstimmung auszuschreiben. Zur Zerlegung der Fragestellungen sei er ebenfalls durchs Statut veranlasst worden.

Der Hauptvorstand sei kein Gegner der Verschmelzung und deshalb der Vorwurf ein unberechtigter. Lange führt aus: bei Einleitung dieser Urabstimmung sei man in Frankfurt ganz heimlich und unkollegialisch zu Werke gegangen. Der Hauptvorstand sowie der Mitgliedschaftsvorstand daselbst hätten davon erst von ausserhalb Kenntnis erhalten. Aber etwas Gutes hätte diese Massregel doch zeitigt. Es sei damit ein Stimmungsbild geschaffen worden, wieweit der Verschmelzungsgedanke wieder fortgeschritten sei. Er ging dann noch näher auf die Begründung der vom Justizrat Wertheimer eingereichten Klage gegen den Bund ein und zerpfückte dessen einzelne Teile in ausgiebigster Weise. Es sei bedauerlich, dass ein Delegierter hier sei, der die Klage mit unterschrieben habe.

Scheitel, Hauptvorstandsmitglied betonte, er und seine Kollegen im Hauptvorstand seien sich vorher bewusst gewesen, hier Angriffen ausgesetzt zu sein. Der Hauptvorstand hätte seine Hand nicht

im Spiel gehabt, Hantusch und Gen. hätten die Sache mit der Urabstimmung ganz geheim gehalten. Er sei für den Austrag der Klage, damit klargestellt würde, ob ein Zwang oder eine dadurch bedingte Rechtsverletzung durchzuführen möglich wäre. Hass stellte in längerer Rede die Tatsache fest, warum die Ausschreibung der Urabstimmung statutenwidrig gewesen, weil sie zunächst gegen den Kasseler Beschluss gegen § 77 und nicht gemeinsam mit der Kontrollkommission vorgenommen wurde. Eine Verfehlung läge aber auch auf moralischem Gebiet; weil durch die Verstellung der Fragen bei der Urabstimmung die Verschmelzung wieder in Frage gekommen und dadurch ein Werk, was zum Nutzen unseres ganzen Berufsgebietes angestrebt worden, wieder illusorisch zu werden schiene. Er ging dann noch näher auf die Klage ein und verlas dabei die Verteidigungsschrift des Dr. Wertheim in Sachen der früheren Klage Herbst, dass jetzt derselbe Rechtsanwalt eine gegensätzliche Ansicht vertritt, als damals, wo derselbe den Senefelder-Bund vertrat. Er glaube, unsere zwei Hauptvorstandsmitglieder, die Kollegen Amier und Dietrich seien allein ungenügend die Klagesache zu vertreten und schlägt vor, denselben noch eine Kommission als Beirat zur Seite zu stellen. Gab noch bekannt, dass Rechtsanwalt Dr. Heine, Berlin die Klage mit durchfechten würde. Forchmann kritisierte die unkollegiale Weise bei der Zusammentragung der Unterschriften zur Urabstimmung. Müller führt aus: man dürfe dem Hauptkassierer Dietrich keine Mithilfe bei der Einleitung dieser Urabstimmung zuschreiben oder einem Misstrauensvotum für denselben seine Zustimmung geben, der Hauptvorstand im ganzen habe sich aber in der Sache nicht ganz unparteilich erwiesen. Zwischen dem Zeitpunkt der Kommissions-Sitzungen, wo die Zeit der Abhaltung der kombinierten Generalversammlung festgelegt worden, bis zur Gegenwart, seien keine 6 Monate verfloßen; was die Ausschreibung der Urabstimmung statutenwidrig erscheinen liesse. Die konfuse Fragestellungen müsste er verwerfen, weil sie bloss zur Verwirrung beitragen und die Mitglieder irreführen hätten. Die Klage betrachtete er als Einschüchterungsversuch für die Generalversammlung, sonst hätte man auch die Vornahme der Beschlüsse erst abwarten können.

Wurtzel, ohne Zustimmung der Kontrollkommission könnte keine Urabstimmung ausgeschreiben werden, weshalb dem Hauptvorstand ein Misstrauensvotum auszusprechen sei. Fleck gestand ein, dass die Anklage ein Schreckschuss für die Generalversammlung sein sollte. Die Verschmelzung sei mit dem allgemeinen Zwang gar nicht durchführbar. Die alten Kollegen, welche dem Zwangsübertritt unterworfen, bildeten danach ein Hemmschuh in der Organisation. Das günstige Ergebnis der Urabstimmung für die Verschmelzung erklärte sich aus der heftigen Agitation von Seiten des Verbandes, wozu den Gegnern die Mittel fehlten. Die Zahl der bisher schon ausgetretenen Mitglieder sei schon ganz bedeutend und viele Austritte würden hernach noch folgen. Amier hob besonders hervor, dass die Verschmelzung eine Notwendigkeit geworden, die Urabstimmung wollte bloss in den Ausführungsbestimmungen etwas anderes festlegen, als die Vorschläge, wie solche aus der 19er Kommission hervorgingen. Er würde es bedauern, wenn es zu keiner Einigung kommen, und das Aeusserste eintreten sollte. Der Hauptvorstand überliesse es ganz der Generalversammlung über die Vertretung in der Klagesache Anordnungen zu treffen, derselbe möchte sich die Finger nicht daran verbrennen.

Dietrich rechtfertigte nochmals die Ausschreibung der Urabstimmung. Widerlegte einige Angriffe von Hass, Rudolph und Forchmann und verwahrte sich gegen die Verdächtigung einer hinterlistigen Einschmuggel. Mühlinghaus trat einem etwaigen Tadelsvotum des Hauptvorstandes gegenüber. Derselbe sei noch nie so kritisiert worden als zu dieser Generalversammlung und damit sollte man es genügen lassen. Die Organisierten zahlten bisher für die Nichtorganisierten, indem sie denselben durch ihre Beiträge die Arbeitsbedingungen verbesserten. Wenn früher einmal, durch die Verhältnisse gezwungen, das Statut zurückrevidiert wurde, so könnte man es jetzt auch wieder vorwärtsrevidieren.

Rudolph wollte den Kollegen Dietrich persönlich nicht verletzen und war ebenfalls gegen ein Tadelsvotum, man vermag aber eine Einrichtung schwer kritisieren, ohne dabei der Vertretung zuzuhören. Zwangsbestimmungen befänden sich in unserer ganzen übrigen gesellschaftlichen Organisation. Man könne nur durch statutarische Festlegungen die Kollegen zum Fortschritt zwingen, und unsere Berufslage bessera. Die Klage gegen den Bund könne nicht mit derselben Begründung geführt werden, wie die einstige Klage gegen den Buchdrucker-Verband. Letzter war früher eine juristische Person, im Bund stände aber statutarisch keinem Mitglied ein Klagerecht auf die Unterstützungsleistungen zu. Franz und Rothweiler tadelten nochmals die Ausschreibungen der Urabstimmungen. Bauknecht hält sich an die Willenserklärung der Kasseler Generalversammlung, die respektiert werden müsse. Die Faktoren hätten alle Ursache gegenüber ihren Unterstellten für den Zwang einzutreten. Es sei ja keine Zwangsunterwerfung, sondern eine Fügung der Majorität. Lange: Die Veränderungen im Bund hätten sich immer den veränderten Verhältnissen angepasst. Einem Majoritätsbeschluss, wie die Verschmelzung, musste man sich nicht bloss

fügen, sondern auch dafür eintreten. Er tadelt den Wechsel des bisherigen juristischen Ratgebers Dr. Wertheimer. Die Vertretung in der Klagesache müsste den beiden Hauptvorstandsmitgliedern überlassen bleiben, nur sei denselben noch eine Kommission beizustellen. Hass besprach dann die Ausnahmebestimmungen betreffs des Zwanges und erwähnt, dass die Mitglieder in vielen Berliner Gesellschaften bereits erklärt hätten, sich der Majorität zu unterwerfen. Die Verschmelzung sei kein Raubzug erworbener Rechte, sondern eine Sicherstellung derselben.

Nach dem Schlusswort von Dietrich, wurde zur Vertretung in der Klagesache, ausser den beiden Hauptvorstandsmitgliedern Amier und Dietrich, noch Lange und Müller ernannt, denen als Beirat noch Hass und Werner zuzuziehen wäre. Unter Punkt 4 der Tagesordnung, Verschiedenes, wurden seitens des Hauptvorstandes und der Kontrollkommission keine Vorlagen eingebracht, und hätte sich, da der Punkt 3, Stellungnahme zur Verschmelzung, bis nach den Beratungen der kombinierten Versammlung, zurückgestellt, die Vorlagen der Versammlung erledigt und wurden die Vorberatungen für beendet erklärt. Es folgten hierauf am 23. April, vormittags 9 Uhr die Beratungen der kombinierten Generalversammlung.

Bericht über die Verhandlungen der 6. (ausserordentlichen) Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Steindrucker u. Berufsgen. Deutschl. (Abgehalten am 21.—22. April im Gewerkschaftshaus zu Berlin.)

Kollege Barthel eröffnet und begrüsst die Delegierten zur Generalversammlung.

In das Bureau werden als Vorsitzende mit gleichen Rechten die Kollegen Sillier, Berlin und Czech, Leipzig, sowie als Schriftführer mit gleichen Rechten die Kollegen Baumann, Berlin und Bessner Dresden gewählt.

Bezüglich der Tagesordnung teilt Sillier mit, dass ein Dringlichkeits-Antrag der Schleifersektion Berlin eingegangen sei, weil als Punkt 3 in die Tagesordnung aufzunehmen sei.

In die Mandatsprüfungskommission werden die Kollegen: Pursche, Hader, Schubert, Werner und Öörlitz gewählt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Sillier bekannt, dass der Punkt der Tagesordnung »Verschmelzung«, vorerst auszuschneiden habe, da erst die Statutenberatung des Bundes abzuwarten sei und dann eventuell beschlossen werden kann, ob der Verband im Bund aufzugehen hat.

Uebergehend vom Bericht des Vorstandes, erinnert Sillier, dass der Bericht des Vorstandes gedruckt vorläge und obwohl seit der Dresdener Generalversammlung 9 Monate verfloßen wären; eine Arbeit zu erledigen war und auch hoffentlich zur Zufriedenheit der Mitglieder erledigt sei.

Ein Begleitschreiben des Vorstandes zu Wahlkreis-einteilung hätte seine Wirkung getan; was man daraus ersehe, dass auch aus kleineren Zahlstellen Delegierte vertreten sind.

Bezüglich Stellungnahme zur Verschmelzung, habe sich der Vorstand im Einverständnis mit der 19er Kommission auf den Stettiner Antrag geeinigt.

Zum Punkt Tarifverträge übergehend, muss bei der Berichterstattung nachgeholt werden, dass sich in Leipzig inzwischen eine Tarifbewegung vollzogen hat. Es kam unter dem Drucke eines evtl. Generalstreiks zu einem Erfolge, der trotz 5jähriger Abmachung, als ein guter Anfang zu bezeichnen ist; zumal bei Abschluss eines zentralen Tarifabschlusses über ganz Deutschland, sich der beschlossene Tarif auflöst. Auch in Stuttgart und Nürnberg seien Tarifbewegungen im Gange.

In der Verschmelzungsfrage sind mit dem Senefelder-Bund geschäftliche Auseinandersetzungen erfolgt.

Sillier schliesst, wenn auch nicht jedem einzelnen die Wünsche erfüllt worden sind, so ist doch dem Wunsche der Mehrzahl entsprochen worden.

Brall gibt den Kassenbericht, auf den günstigen Standpunkt unserer Kasse hinweisend, der einzelne gar veranlasst habe, gegen eine Beitragserhöhung zu agitieren.

Ein Antrag Bratke, vor der Diskussion nach dem Bericht des Ausschusses und der Pressekommision entgegenzunehmen, und dann über die gesamten Berichte zu diskutieren; wird angenommen.

Kollege Ries gibt den Bericht des Ausschusses und beklagt, dass der Hauptvorstand die Rechte des Ausschusses in verschiedenen Fragen wieder gekürzt habe. Die Tarifbewegung in Nürnberg sei durch das Verhalten des Kollegen Stauffer und durch die Artikel derselben auf einen toten Punkt gelangt.

Kollege Leinen beschränkt den Bericht der Pressekommision auf das im gedruckten Bericht enthaltene und empfiehlt, da sich die Pressekommision als nützlichem Institut erwiesen, diese bestehen zu lassen.

Laut Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission sind 52 Delegierte anwesend. Zum Punkt »Schleiferfrage« wird dem Kollege Rose beratende Stimme zuerkannt. Sillier gibt weiter bekannt, dass ausser den Delegierten als Vertreter des Vorstandes Sillier und Brall, als Vertreter des Ausschusses Ries anwesend sind. Als Gäste seien zu erwarten

vom Hilfsarbeiterverband Frau Paula Thiede und Herr Pucher, vom Buchbinderverband der Vorsitzende Herr Kloth-Berlin, von der Generalkommission Herr Legien und vom österreichischen Verband Kollege Mühlberger. Eine gewünschte Vertretung vom Buchdrucker-Verband kann nicht erfolgen, da infolge der demnächst stattfindenden Generalversammlung in diesen Tagen überall Gausversammlungen stattfinden.

Ein Antrag Domnik, in der Generaldiskussion den Presskommissionsbericht getrennt von den übrigen zu behandeln, wird abgelehnt.

Barthel-Berlin bemängelt, dass der Vorstand der Heimarbeiterfrage zu geringe Aufmerksamkeit geschenkt, er vermisst den notwendigen Frieden zwischen Hauptvorstand und Ausschuss, begrüsst den Tarifabschluss in Leipzig und bedauert, dass in Nürnberg nicht ein ähnlicher Abschluss erfolgt sei.

Obier regt an, den Punkt Presse entweder sofort oder am Schlusse der Generaldiskussion zu behandeln, da er Delegierter des Bundes sei und dort gebraucht werde. Wird abgelehnt.

Sillier beantragt zur Unterstützung der Nürnberger Angelegenheit eine Kommission zu wählen. Nach lebhafter Aussprache wird beschlossen, diese Angelegenheit als ersten Punkt in der Spezialdiskussion zu behandeln.

Kollege Ries misst die Hauptschuld an dem bisherigen Verlauf der Nürnberger Tarifangelegenheit dem Kollegen Staufer zu. Nachdem derselbe erst in der Versammlung Begeisterung entfacht, habe er durch die Brutus-Artikel in der Presse der Bewegung entgegen gearbeitet. Obier durfte die Artikel nicht aufnehmen, so lange er nicht Auftrag von der Nürnberger Kommission hatte.

Kollege Staufer behauptet, das Ries durch einen Artikel den jetzigen Stand der Bewegung veranlasst habe. Durch Hinzuziehung der Unorganisierten und des Sonderverbandes, habe man die Bewegung entwertet.

Kollege Obier schildert den Verlauf der letzten Bewegungen und meint, dass die Nürnberger nicht entschlossen genug vorgegangen seien. Hätten die Leipziger es nicht mit dem drohenden Generalstreik versucht, so wäre ihr Erfolg ein minimaler. Redner sieht in der Hinzuziehung der Sonderbündler einen Fehler. Die Brutus-Artikel konnten der Bewegung keinen Abbruch tun, da die Prinzipale schon vorher den verschleppenden Standpunkt eingenommen haben.

Kollege Hader meint, dass in Nürnberg von mehreren Fehler vorliegen, die Nürnberger seien für eine Bewegung noch nicht genügend vorbereitet. Artikel, die nicht von der Kommission kommen, hat der Redakteur nicht aufzunehmen.

Kollege Niemeyer: In Nürnberg habe eine Zerfahrenheit bestanden, weshalb die Bewegung bisher keinen günstigen Abschluss gefunden habe.

Kollege Dürr meint, dass bei der Nürnberger Bewegung zuviel persönlichen Auseinandersetzungen Raum gegeben worden sei.

Kollege Barthel schliesst sich den Ausführungen des Vorredners an. Die Mitnahme der Sonderbündler, Christlichen und Unorganisierten hätte der Bewegung geschadet. Die Nürnberger hätten die Leipziger Taktik einschlagen sollen. Ausdauer sei nötig und nicht frühzeitiges Aufgeben.

Kollege Billm ann versucht an dem Wechsel der Korrespondenzen nachzuweisen, dass die Nürnberger Kommission ihre Pflicht getan habe. Durch die Mitnahme der Sonderbündler sollten die Kollegen unter einen Hut gebracht werden. Infolge der herben Kritik Staufers musste die Auflösung der Kommission erfolgen, da sie als zusammengewürfeltes Gesindel bezeichnet wurde.

Schmidt München meint, dass der Ausschuss in den Brutus-Artikeln nunmehr den gewünschten Sündenbock suche.

Vor Schluss der Sitzung gibt Barthel bekannt, dass die Filiale III Berlin mit einem Artikel Tischendörfer's in der Sozialen Praxis, worin gegen die Verschmelzung Stimmung gemacht wird, nichts gemein habe und sich einen Beschluss gegen Tischendörfer vorbehalte.

Sonnabend 2. Tag, Fortsetzung der Verhandlungen.

Der Streik als Kampfmittel.

Die in den letzten Jahrzehnten in den Kulturstaaten entstandenen sozialpolitischen Schöpfungen verdanken ihre Entstehung ausser dem Drängen der erwachten Arbeiterschaft nicht zum geringsten der sich bessernden Erkenntnis der höheren Gesellschaftskreise, insofern diese sich in ihrem Interessenstreit noch einen einigermaßen klaren Blick für ihre Umgebung gewahrt haben. Das Proletariat könnte als Klasse aus sich heraus niemals die intensiven Triebkräfte entwickeln, die notwendig sind, um die Schaffung von Daseinsverbesserungen herbeizuführen, wenn ihm nicht Intelligenzen aus nicht proletarischen Volksschichten ihre ganze Kraft zuwendeten, um sich dem Emanzipationskampfe als geistige Führer zu widmen. Der Ruhm, das Interesse anderer Gesellschaftsklassen für die schlechte Lage der Arbeiter geweckt zu haben, gebührt unstreitig dem grossen Nationalökonom Karl Marx; denn er war es, der durch seine »Werttheorie« auf dem ganzen volkswirtschaftlich-wissenschaftlichen Gebiet geradezu revolutionierend wirkte.

In seinem Hauptwerk »Das Kapital« hat Marx in tief sinnigen wissenschaftlichen Erwägungen der besitzenden Klasse vor Augen geführt, dass der

kapitalistische Staat ohne die Person des niedrigsten Arbeiters, der durch seine Schaffenskraft den modernen Industriestaat erst lebensfähig macht, ein totes Wesen ist. Aber auch die Arbeiterschaft ist dadurch zur klareren Erkenntnis gelangt, dass sie dem mit so vielen Machtmitteln ausgestatteten Unternehmertum im Breiungskampfe nur wenig Waffen gegenüberstellen kann; denn der heutige Staat hat sich der kapitalistischen Lebensordnung geradezu angeschlossen und setzt dem Arbeiter, der etwas ganz neues schaffen will, begreiflicherweise grosse Hindernisse entgegen. So kann denn auch die Arbeiterschaft eigentlich nur die Verweigerung ihrer Arbeitskraft in die Wagschale werfen; sie kann sich in letzter Linie nur auf sich selbst verlassen und muss ihren direkten Interessengegnern fast immer das nötigste abringen.

Durch die immer vollkommener sich gestaltende Technik und täglich höher aufsteigende Kultur werden der Menschheit immer mehr Lebensfreuden erschlossen, von denen aber fast nie die arbeitende Bevölkerung ihren Anteil erhält und so sucht sie sich selbst zu helfen durch den Kampf, wodurch das heutige Erwerbsleben seine Charakterisierung durch die alltäglich auftretenden Streiks erhält.

Diese Kampfesweise des Streikens hat für den Arbeiter so manche Vorbedingung zur Grundlage, zu denen hauptsächlich die Pflicht des Arbeiters, sich zu organisieren gehört; denn die grossen Gewerkschaften haben als letzte Konsequenz, die Streikinszenierung, zu berücksichtigen. Die Grössen mancher Organisationen sind Belege dafür, wie notwendig sie sind. Aber auch das Unternehmertum ist angesichts dieser Sachlage nicht müssig geblieben und hat den Gewerkschaften recht beachtenswerte Unternehmerorganisationen gegenübergestellt. Diese letzteren können es leichter zu grösserer Kraft bringen als die Gewerkschaften; und wenn man der Wahrheit die Ehre geben will, muss man eingestehen, dass durch Streiks in letzter Zeit recht wenig errungen worden ist und besonders grosse Arbeiterausstände, zu denen die ganze deutsche Arbeiterschaft verfügbare Mittel gegeben hat, durch die Unternehmerverbände niedergeschlagen worden sind. Der kleinen Anzahl der Unternehmer ist es so schon leichter, sich zusammen zu schliessen; dann kommt aber noch in Betracht, dass sie sich aus einer gebildeten Volksmasse rekrutieren und demzufolge leichter zu einer richtigeren Würdigung eines Zusammenschlusses kommen, denn ein gebildeter Mensch erkennt eher, was seinen Interessen dienlich ist, als ein unaufgeklärter Arbeiter.

Dagegen haben die Arbeiter eine unendliche Mühe und Arbeit zu entfalten, um ihre Organisation auf eine geeignete Höhe zu bringen; besonders gehört eine beharrliche und lange Tätigkeit dazu, um die indifferenten Kollegen zum Eintritt in die Organisation zu bewegen, um sie dort zu verlässlichen Mitkämpfern zu erziehen. Ein Zusammenschluss aller Berufsangehörigen wird wohl nie möglich sein, aber schon die Hälfte bedeutet in einer Gewerkschaft eine ansehnliche Zahl, die bei weitem noch nicht alle Organisationen erreicht haben. Letzterer Umstand bedeutet bei Streiks ein gefährliches Moment für die Beteiligten; aus der grossen Zahl der ausstehenden treten nämlich die gefürchteten und auch geliebten »Arbeitswilligen« hervor.

Aber nicht allein der Indifferentismus schafft solche als Streikbrecher, sondern diese werden selbstverständlich auch von dem Heer der Arbeitslosen, das von Karl Marx die »industrielle Reservearmee« genannt wurde, gestellt. So sehr auch die Verrichtung von Streikbrecherdiensten mit der Ehre unvereinbar ist, so kann man doch nicht ohne weiteres über jeden Abtrünnigen den Stab brechen.

Noch viele andere Umstände lassen heute Streiks für die Arbeiter äusserst häufig erfolglos enden. Wenn zur Abwehr ein Streik nicht zu umgehen ist, muss er ja vollführt werden, aber bei Angriffen, um Verbesserungen zu erringen, sollte man erst nach eingehendsten Erwägungen einen diesbezüglichen Entschluss fassen, denn wenn man nicht zu optimistisch ist, kann man nach den Erfahrungen aus letzter Zeit, nur mit grossem Widerwillen sich für einen Streik begeistern. Die Geldmittel, die notwendig sind zu einem Ausstand, sind fast nie genügend vorhanden; es braucht eben ein jeder Arbeiter auch sein letztes Scherlein und der Idealismus für die gute Sache kann und darf nicht zu hoch gespannt werden und zu grosse materielle Opfer fordern. Die Geldspenden, die für die Textil- und Bergarbeiter bei ihren grossen Ausständen von der deutschen Arbeiterschaft aufgebracht wurden, sind vielleicht das höchste, was unter den bestehenden Umständen geleistet werden konnte und trotzdem konnte die Macht des Unternehmertums damit nicht gebrochen werden. Nach alledem muss dem Streik, wie er bisher war, sehr skeptisch gegenüber gestanden werden.

In richtiger Würdigung der Sachlage wird ja auch schon lange darauf hingearbeitet, Tarifgemeinschaften auf friedlichem Wege herbeizuführen, obgleich auch hierbei Schattenseiten vorhanden sind, indem länger währende Tarifabschlüsse die betreffende Gewerkschaft in eine Stagnation treiben können. Es darf die Arbeiterschaft sich noch lange nicht aufs Ruhbett legen, sondern muss noch sehr an dem Ausbau ihrer Kampfesweise arbeiten, um sich das Leben menschenwürdiger zu gestalten. Für die Gewerkschaften werden vielleicht dahin wichtige Fingerzeige gegeben, wenn auf dem nächsten Parteitag

der deutschen Arbeiterpartei mit dem Generalstreik der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter eingehend wird besprochen werden. T. A. R.

Anzeigen.

An die Mitgliedschaften
Dresden, Niedersedlitz und Mügeln.
Sonntag, den 14. Mai, nachmittags, findet die diesjährige

Gaupapthie mit Damen
unter Mitbeteiligung der auf Besuch anwesenden Kollegen von Kirchhain N.-L. und Bautzen nach dem Lössnitzgrund und der Friedensburg statt und im Anschluss daran

grosser Frühjahrsball
im Gasthof zum heiteren Blick.
Abfahrt 2 Uhr vom Neust. Bahnhof bis Haltestelle Weintraube. Rückfahrkarte Kötzschbroda lösen oder einfache Fahrkarte Weintraube und Rückfahrt per Strassenbahn.
Näheres Einlasskarte. Ohne Karte kein Zutritt in den Saal. Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Kommission.

Wir suchen per sofort tüchtige
Positiv-Retuscheure
für Maschinen und technische Arbeiten. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an

Brend' amour, Simhart & Co.
Düsseldorf-Oberkassel.

Wir suchen sofort tüchtige
Auto-Aetzer
für Zink und Kupfer. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an
Brend' amour, Simhart & Co.
Düsseldorf-Oberkassel.

Heliogravure-Aetzer,
1. Kraft, sofort in dauernder, angenehme Stellung gesucht. Solche, die gleichzeitig im Auto-Aetzen, Kopieren oder in der Photographie bewandert sind, resp. sich hierfür ausbilden wollen, erhalten den Vorzug. Offerten mit allen näheren Angaben erbittet [5,40]
Leipzig. F. A. Brockhaus.

Der moderne Merkantil-Lithograph.
Vorlageblätter für Lithographen.
Preis Mk. 6.—.
Zu beziehen von Steinbach & Strache, Dresden 10.

Wer wissen will
wie man Kornpapier-Zeichnungen umdruckt, der kaufe sich
Der praktische Umdrucker
von Bernhard Enders, Verlag von Conrad Müller, Schkeuditz. Preis 80 Pf. inkl. Porto.

Todes-Anzeige.
Am 17. April verschied nach langem, schweren Leiden unser Kollege und Mitbegründer der hiesigen Zahlstelle, der Zeichner
August Hofmann
im Alter von 25 Jahren an der Schwindsucht. Wir verlieren in ihm einen Kollegen, der unermüdet für den Verein tätig war. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
V. d. L. St. u. B. D., Zahlstelle Coburg.

Todes-Anzeige.
Am 18. April verschied nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Steindrucker
Karl Maaser
im Alter von 68 Jahren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Deutscher Senefelder-Bund Mitgliedsch. Hamburg